

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonst.
inl. Verk. M. 1.80 m. Post-
bestellgeb. Preise frei.
Preis einer Nummer
10 Pf.

In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen sowie Agen-
turen u. Aussträgerinnen
jederzeit entgegen.

Verantwortl. Hr. 4.

Dr. v. S. 24
O. H. - Verlags-Neuenbürg.

Druck und Verlag des C. F. v. S. 24 Verlags-Neuenbürg. Verantwortl. Hr. 4. S. 24 in Neuenbürg.

Nr. 96

Mittwoch, den 27. April 1927.

85. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 26. April. Die am dem Rologo-Unternehmen beteiligte Holzfirma Gebr. Himmelsbach in Freiburg hat Geschäftsaufsicht beantragt.

Die Wohnungspolitik des Reiches.

Stuttgart, 5. April. Vor einem zahlreichen Publikum sprach am Montagabend im großen Vortragsaal des Hauses des Reichstums Ministerialrat Dr. Böls-Weber, der Referent für Wohnungswesen im Reichsarbeitsministerium, über das Thema „Die Wohnungspolitik des Reiches und die Finanzierung des Wohnungsbaues“. Dem Vortrag wohnten auch die Minister Holz und Becherle, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, Ministerialrat Dr. Adels, sowie verschiedene Reichs- und Landtagsabgeordnete und Gemeinderäte bei. Nach Begrüßungsworten von Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager an den Redner des Abends, einen alten Stuttgarter, führte Ministerialrat Dr. Böls aus, daß trotz des Aufschwungs unserer Wirtschaft nach einem soich verlorene Kriege auf dem Gebiet des Wohnungswesens noch Schwierigkeiten reicher Art vorhanden seien. Schon vor dem Krieg war das soziale Problem wie die wirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues nicht vollkommen gelöst. Das gefährlichste ist heute die Unfertigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Großstädte und der Zustand der Bevölkerung nach gewissen Zentralstellen. Die Hauptfrage ist: Wo finden die Wohnungssuchenden auch Arbeit? Das Reich ist daran, in großzügiger Weise den Zustand nach der Stadt zu unterbinden, vor allem durch systematische Melioration des landwirtschaftlichen Bodens. Dazu müßten aber große finanzielle Opfer gebracht werden. Württemberg ist vor allem noch verhältnismäßig am günstigsten daran. An das Wohnbedürfnis müssen wir gewisse Mindestmengen stellen. Man muß auch wissen, daß das an sich soziale Wohnungsbedürfnis nur auf wirtschaftlichem Wege befriedigt werden kann. Nach den Ergebnissen einer Denkschrift, die demnächst dem Reichstag vorgelegt wird, beträgt der objektive Bedarf an Wohnungen eine Million. Wir dürfen aber nicht nur neue Wohnungen erstellen, sondern müssen nachdrücklich unseren alten Wohnungsbestand erhalten. Bis 1936 müssen wir auch noch die schlechtesten Wohnungen durchhalten. Wenn dann der Bedarf nachläßt, können wir ausweichen. Zunächst haben wir mit einem schließlichen von 600.000 Wohnungen und einem jährlichen Answollen des Bedarfs um weitere 200.000 Wohnungen zu rechnen. Vorläufig müssen wir auch noch mit dem Fortbestehen der Zwangswirtschaft rechnen. Ihre Beseitigung ist aber mit der Zeit eine absolute Notwendigkeit. Beim Wohnungsbau muß im Vordergrund stehen der Kleinwohnungsbau. Gegenüber der Steigerung der Baukostenpreise könne man nur mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen vorgehen. Das schwierigste Problem des Wohnungsbaues ist immer das der Finanzierung. Heute brauchen wir noch 2 1/2 Milliarden. Nur die viergeschichtete Hausbauweise ermöglicht es, den Baumarkt durchzuhalten. Mit ihrem Fortbestehen ist auf mehrere Jahre noch zu rechnen. Ueber die Form der Hausbauweise kann man sich allerdings beschweren, da sie als erste Hypothek den Realcredit hindert. Zum Schluß betonte der Redner, daß die für den Wohnungsbau ausgebenen Gelder der beste Impuls für eine gesunde Wirtschaft seien.

Evangelischer Landestirchentag.

Am Montag trat der Evang. Landestirchentag zu einer kürzeren Tagung zusammen, um das kirchliche Finanzgesetz für 1927 sowie einige kleinere Vorlagen zu beraten. Präsident Köder gedachte eingangs des Ausscheidens der Abgeordneten Reiz und Engelb, welche letzterer 22 Jahre lang dem Landestirchentag als hochgeschätztes Mitglied, zuletzt als Alterspräsident angehört hatte. Die neugewählten Abgeordneten Stud. Dr. Mayer (Göppingen), B. Bang (Ehlingen), Blank (Calw), Herrmann (Blaufelden) wurden verpflichtet. In seiner Einführungswort dankte Kirchenpräsident D. Dr. v. Metz für die Begrüßung, die ihm der Landestirchentag bei seinem 70. Geburtstag dargebracht hatte; das vertrauensvolle Zusammenarbeiten von Kirchenleitung und Landestirchentag sei der Zeitgeist seines Wirkens. Zur Landestirchentagsteuer für 1927 übergehend, dankte er den Kirchengemeinden für die mühevollen Erhebungen der Steuergebühren sowie den Reichsfinanzbehörden für ihre Unterstützung, endlich der Staatsregierung und dem Landtag dafür, daß sie durch eine Milderung am Kirchengesetz die Anpassung des kirchlichen Steuermaßstabs an die Bedürfnisse weiterhin ermöglicht haben. Infolge der Minderungen im Reichssteuerwesen sei nunmehr beim Aufbau des landestirchlichen Steuerrechts die Gleichstellung der Beamten mit den übrigen Lohn- und Gehaltsempfängern vorgesehen, ebenso die Einführung einer Vorstufe für diejenigen, die infolge der Erhöhung der Einkommensteuer-Untergrenze nicht mehr reichssteuerpflichtig sind. Unterstützungsberechtigte sollen jedoch von dieser Mindestgrenze befreit und auch sonst die Verhältnisse von den Kirchengemeinden möglichst berücksichtigt werden. In dem Entwurf ist die landestirchliche Tarifsteuer soweit als möglich gekürzt worden. Die Steuerermäßigung für kinderreiche Familien wird sich durch die vorgeschlagene Erweiterung der Berücksichtigung der Kinderzahl noch härter auswirken. Die Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen und Kleinkleiden, besonders der Erwerbslosen ist durchweg im Auge behalten. Der Kirchenpräsident fordert eindringlich auf, der Rat der Erwerbslosen nach Kräften zu feuern und anerkennt warm, was von Kirchengemeinden, Vereinen und Gemeindegliedern an Hilfeleistung geschieht. Gerne hat die Kirchenleitung Kufe für Erwerbslose unterstützt. Auch was öffentliche Fürsorge, Wohlfahrtspflege und christliche Nächstenliebe zur Umänderung anderer Rat, der Kriegsfolgen verschiedenster Art und des Wohnungsmangels leisten, anerkennt die Kirchenleitung dankbar. Zur Frage der Aufwertung, die unser Volk noch immer besonders bewegt, weist der Kirchenpräsident darauf hin, daß die evangelische Kirche sich von Anfang an für eine gerechte und den Grundlagen von Treu und Glauben entsprechende Lösung bei den zuständigen staatlichen Stellen wie in der Öffentlichkeit eingesetzt und den Kirchengemeinden mit Erfolg nahegelegt habe, als Aufwertungsschuldner entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und nach Billigung über ihre ge-

liche Verpflichtung hinaus eine Aufwertung zu gewähren. Die Kirche habe nicht darüber zu entscheiden, inwieweit im gegenwärtigen Augenblick die Aufwertungsgesetze geändert werden können, ohne daß neue wirtschaftliche Schäden daraus erwachsen. Aber immer wieder muß die Kirche ihre Stimme für eine gerechte und besonders auch die Lage der wirtschaftlich Schwachen berücksichtigende Behandlung der Aufwertungsfrage erheben. Der vorliegende Gesetzesentwurf über dienstrechtliche Verhältnisse landestirchlicher Beamter ist veranlaßt durch die Anstellung von Religionshilfslehrern aus dem Lehrerkollegium, ferner durch die vom württembergischen Oberkirchenrat beschlossene Zulassung der Theologinnen zur ersten Dienstprüfung, die dadurch als kirchliche, höher geprüfte Religionslehrerinnen das Kollegium ihrer Stellung im Religionsunterricht an Mädchenschulen finden. Sie sollen sich auch der Förderung der weiblichen Jugend annehmen und noch weitere kirchliche Aufträge erhalten können. Die Theologische Fakultät und das Kultusministerium haben diesen Plan gebilligt. Der Kirchenpräsident wies mit einem Hinweis auf die sich jetzt verwirklichende Einführung evangelischer Lebensstunde in den höheren Handelsschulen und auf das soeben fertiggestellte neue Schul- und Lehrbuch hin, das bald in die Hände aller evang. Schüler kommen möge. Sodann wird der Rechenschaftsbericht des Ständigen Ausschusses, den der Abg. Mayer als Berichterstatter vorträgt, genehmigt. Dabei wird ein Antrag des Ausschusses für Recht und Wirtschaft angenommen, wonach über Erörterungen im landestirchlichen Haushalt der Landestirchentag verfügt, in besonderen Ausnahmefällen jedoch der Ständige Ausschuss auf Antrag des Oberkirchenrats eine Verwendung unter Vorbehalt der Genehmigung des Landestirchentags beschließen kann. Abg. Gaub legt sich warm ein für die Evangelische Studienhilfe und wendet sich gegen das Vorurteil, als werde in den niederen theologischen Seminarien auf die Jugend ein Druck zum Erreichen des theologischen Studiums ausgeübt. Kirchenpräsident D. Dr. v. Metz begrüßt diese Ausführungen und teilt mit, daß die Evang. Studienhilfe vor der Inflationzeit ein verhältnismäßig beträchtliches Vermögen von 440.000 Mark aus Beiträgen des evangelischen Kirchenvolkes besessen haben. Für Wiederkauf sei dringend nötig. Auch der Kirchenpräsident bestätigt, daß für die Wahl des theologischen Studiums keinerlei Druck in den Seminaren ausgeübt werden solle. Dankenswert sei, was von humanistischer Seite für die Vorbereitung von Schülern auf das Landexamen geleistet werde. Beispiele dafür, wie das theologische Studium unter größten Opfern von manchen durchgeführt werde, weisen auf eine hoffnungsvolle Zeit im evangelischen Volk hin. Um die Frage der rechtlichen Verhältnisse des Staates gegenüber den Kirchen zu klären, hat der Oberkirchenrat bei dem Staatsministerium den Antrag gestellt, eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeizuführen. Veranlaßt war dieser Schritt durch den Unterschied zwischen der württembergischen Verfassung, die bei der Frage der Staatsleistungen auf früheres Recht nicht eingeht, und der Reichsverfassung, die auf die rechtliche und damit auch auf die geschichtliche Fundierung der Staatsleistungen hinweist. Das Staatsministerium am 8. Februar d. J. erklärt, daß es weiterhin für die Bedürfnisse der Kirchen eintreten und in der Bemessung der Staatsleistungen eine Milderung zum Nachteil der Kirchen nicht eintreten lassen wolle; es liege daher gegenwärtig kein Bedürfnis für eine richterliche Entscheidung vor. Abg. Mayer bedauert, daß hierdurch eine objektive Klärung verjagt werde; Oberkirchenrat Dr. Müller erklärt, die Kirchenleitung nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Staatsleistungen nicht zum Nachteil der Kirche geändert werden sollen. Die Kirche habe zur Klärung der Rechtslage das Ihrige getan. An Stelle des Abg. Engelb wird Abg. Baar in den Ausschuss für Recht und Wirtschaft gewählt. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr. Tagesordnung: Entwurf des Finanzgesetzes und kleinere Vorlagen.

Die neue Regierung in Thüringen.

Weimar, 26. April. Nachdem die Sozialdemokraten die Bildung einer Koalitionsregierung auf breiter Grundlage abgelehnt hatten, ist heute eine bürgerliche Regierung einschließlich durch die Parteien vom Landvolk bis zu den Sozialdemokraten entstanden. Der frühere demokratische Staatsminister Baumbach erhält das Innen- und Wirtschaftsministerium, Generaldirektor Toebe (D. Vp.) das Finanzministerium, während der bisherige Staatsminister Dr. Reuther (D. Vp.) den Vorsitz, das Justiz- und Volksbildungsressort erhält. Als Staatsräte sind vorgegeben der demokratische Syndikus Glöckner, der Geschäftsführer des thüringischen Landvolkes Glöckner, ferner Landwirt Torst gleichfalls vom Landvolk und Abg. Krause von der Wirtschaftspartei. Das neue Kabinett wird von den Sozialdemokraten mit gewährt werden, während die Nationalsozialisten sich über ihre Haltung noch nicht entschieden haben.

Kommunistisches Spitzelsystem.

Berlin, 26. April. Wie aus kommunistischen Berichten und Anweisungen hervorgeht, sollen Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, die als solche nicht bekannt sind, in die einzelnen Gruppen der vereinigten vaterländischen Verbände entsandt werden, um über alle etwaigen geplanten Aktionen der kommunistischen Partei Mitteilung zu machen. Es soll bereits gelungen sein, innerhalb des Stahlhelms einen „Arbeiter-Stahlhelm“ zu schaffen, der heimlich mit dem roten Frontkämpferbund sympathisiere und auch ein geheimes Nachrichtenblatt besitze. Die Spitzelarbeit, wie sie getrieben wird und empfohlen wird, soll demnächst auch auf das Reichsbanner ausgedehnt werden. Man sieht: Wenn es den eigenen Parteiinteressen dient, dann ist das Spitzelsystem, über das sie sich schon so schon entrüsten können, den Kommunisten ein höchst willkommenes Mittel zum Zweck.

Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag.

Berlin, 26. April. Zum sozialdemokratischen Parteitag in Kiel liegen Hunderte von Anträgen der einzelnen Parteigruppen vor. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die lange Liste der Forderungen in einer Sonderausgabe. Politisch am bemerkenswertesten sind die Anträge, die sich indirekt gegen die Koalition in Preußen richten, indem sie eine energische Kampf-

stellung der Sozialdemokratie gegen das Zentrum verlangen. So heißt es in einem Antrag Berlins: „Das Zentrum könne seinem inneren Wesen nach nur arbeitserfindliche Politik treiben. Dieser Tatsache müsse man Rechnung tragen und auch die Rücksichten auf die Koalition in Preußen“ fallen lassen. Einen fast noch stärkeren Ton schlagen die Anträge Leipzig und Stettins an. In einem anderen Antrag wird eine Enquete verlangt, welche Beamte und öffentliche Angestellte sich gegen die Republik betätigt hätten und welche Verleumdungen „unverzüglich republikanischer Stimmung“ als Ersatz für die auszuscheidenden Reaktionen vorgezogen werden könnten. Zahlreich sind die Anträge, die sich mit der Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft und den Problemen der Religion und der Kirche befassen.

Zu den Vorfällen in Bafewall.

Stettin, 26. April. In den Vorfällen in Bafewall, die gestern nacht zu Verhaftungen von Nationalsozialisten auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin führten, ist noch zu berichten, daß es bei der Ausdeutung der Nationalsozialisten in Bafewall, die auch von auswärtigen Ortsgruppen besucht war, zu blutigen Zusammenstößen mit Linksextremisten kam. Die Polizei mußte mit blanker Waffe vorgehen. Mehrere Personen wurden erdolcht, andere leichter verletzt. Zur Wiederherstellung der Ordnung war ein Trupp Reichswehr aufgerufen worden, doch dachte er nicht mehr einzugreifen, da inzwischen Schutzpolizei aus Stettin gekommen war, die die Ruhe wieder herstellte und zahlreiche Gewehre bei den Nationalsozialisten beschlagnahmte. Bei den Zusammenstößen waren auch den Reiben der Nationalsozialisten auch Schüsse gefallen.

Urteil in Sachen einer polnischen Gewalttat.

Königsbütte, 26. April. Am 16. Juni v. J. wurde, wie erinnerlich, die erste deutsche Beamtenversammlung für polnische Oberschlesien gefeiert, wobei etwa 40-50 Personen, darunter auch der Abg. Goldmann, schwer verletzt wurden. Die von den Verletzten gegen eine Reihe der Täter, die sämtlich dem aufständischen Verband angehörten, erstattete Anzeige kam am Samstag zur gerichtlichen Entscheidung. Angeklagt waren sieben Personen. Obwohl die von den Klägern geladenen Zeugen ausnahmslos bekundeten, daß alle Angeklagten sich aktiv bei der Sprengung der Versammlung beteiligt hätten, kam das Gericht zu einem Freispruch mit der Begründung, daß sich bei der Verweigerung Widerprüfungen ergeben hätten, sodas eine vollständige Ueberführung der Beschuldigten nicht habe erzielt werden können.

Ausland.

Paris, 26. April. Innenminister Sarraut wiederholte die Erklärung, daß die französische Regierung kommunistische Verbrechen in den Kolonien aus härteste bekämpfen werde.

Paris, 26. April. Die Pariser Polizei hat bei verschiedenen Alkoholikern in Paris und in den Vororten Dausuchungen abgehalten. Bei mehreren von ihnen, die kommunistischer Gesinnung verdächtig waren, hat man größere Waffenbestände vorgefunden und beschlagnahmt. Insgesamt sind etwa 100 Infanteriegewehre und 80 Revolver beschlagnahmt worden.

London, 26. April. Die albanische Krise steht auf dem toten Punkt, da Mussolini noch keine Antwort auf die Vermittlungsvorschläge der Großmächte erteilt hat.

London, 26. April. Die Kriegsvermittlung in England gegen China wird durch alarmierende Berichte englischer Interessenten aus China künstlich gefeigert.

Der neue Nationalrat in Oesterreich.

Wien, 26. April. Die endgültige Verteilung der Mandate für den Nationalrat wird erst in der Woche nach dem 8. Mai durch die Hauptwahlbehörde festgestellt werden. Das schätzungsweise Gesamtergebnis der Nationalratswahlen dürfte sein: Einheitsliste 85, Sozialdemokraten 71, Landvolk 9 Mandate. Das Verhältnis der bürgerlichen Mandate zu den sozialdemokratischen wäre dann im neuen Nationalrat 94:71 gegen 97:68 im alten Nationalrat.

Die Aussichten einer deutschen Räumungsnot.

Paris, 26. April. Der Beschluß zur Außenpolitik, den die demokratische Partei auf der Hamburger Tagung faßte, findet in der französischen Presse nur ein schwaches Echo. Wichtig die rechtsstehenden Zeitungen betonen, daß jede Austragung der Räumungsfrage an maßgebenden französischen Stellen als nicht opportun betrachtet werde. Diese Behauptung ist nur mit Vorbehalt anzunehmen. Aus der Umgebung Briands wird über irgendwelche Verhandlungen in der Räumungsfrage nichts mitgeteilt. Alle Nachrichten, die glauben machen wollen, daß der französische Außenminister, beeinflusst durch gewisse dem Quai d'Orsay nahebedehende Persönlichkeiten, eine ablehnende Haltung in der Räumungsfrage einnehme, sind als unzutreffend zu bezeichnen. Die Stellungnahme Briands zu diesem Problem erfolgte bereits während der letzten Genfer Ratstagung, und der französische Außenminister wird stets bereit sein, eine deutsche Note, die sich auf den Artikel 43 des Versailler Vertrags stützt, von den maßgebenden Sachleuten des Quai d'Orsay und hauptsächlich vom Juristen Fromageot eingehend prüfen zu lassen. Jedoch hat Briand bereits in Genf erklärt, daß die Räumungsfrage nur im Zusammenhang mit der Siedlungsfrage gestellt werden könne. Ueber diesen Punkt geben die Äußerungen der Deutschen und der französischen Diplomatie stark aufeinander. Es ist zu erwarten, daß sich im Augenblick, wo das Pariser Außenamt eine deutsche Note erhalten wird, eine langwierige juristische Diskussion über die Räumungsfrage entwickeln wird.

Was kostet die Ueberlieferung Nordschleswigs?

Kopenhagen, 26. April. Der kopenhagener Regierungszeitung „Åbenbavn“ zufolge überhandte das dänische Staatsministerium dem Finanzamt eine Aufstellung über die Ausgaben anlässlich der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Danemark. Bis zum 1. Januar 1927 belaufen sich diese Kosten auf 435 Millionen Kronen. Die Uebernahme von Altkronen usw. macht davon 146,5 Mill. Kr. aus, die Zuschüsse



für die Salutaregulierung, für Wege, Dämme, Deiche, Schulweien usw. betragen 131,7 Mill. M. Für Darlehen und Darlehensgarantien u. a. sind 119 Mill. M. ausgegeben worden. Als besondere Verwaltungsausgaben wurden 5 Mill. M. verausgabt, für andere Zwecke 13,7 Mill. M. Von den ausbezahlten Summen führen 119 Mill. M. wieder in die Staatskasse zurück, während die übrigen Ausgaben, etwa 116 Mill. M., in Staatsaktiven angelegt oder in Zinsfuß u. a. ausbezahlt sind. Die „Wiedervereinigungsbank“ zur Bekämpfung der erforderlichen Ausgaben bei der Einverleibung Nordostpreussens belief sich auf 146 Mill. M.

Aus Stadt und Bezirk.

Reutlingen, 27. April. Als ein Zeichen der Zeit darf es bezeichnet werden, daß für die hier zu vergebende Schulmannschelle sich nicht weniger denn 2 Bewerber aus den verschiedensten Parteien melden.

Reutlingen, 27. April. Die heute abend in der „Eintracht“ stattfindende Ordentliche Hauptversammlung des Gewerbevereins wird u. a. wichtigen Beratungsgegenständen auch die Wahl des Vorsitzenden des Vorstands für den bevorstehenden Direktor einst bringen. Aus diesem Grunde ist es erwünscht, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird.

Reutlingen, 27. April. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Fahrkartenvorverkauf für den Sonderzug an den Rhein heute Mittwoch nachmittag 3 Uhr geschlossen wird. Anmeldungen bei der hiesigen Bahnstation.

Reutlingen, 26. April. (Keine Unterbrechung von Ortsgesprächen mehr.) Auf Verfügung des Reichspostministeriums ist bei den Fernsprechämtern aller größeren Städte Deutschlands ein Versuch im Gange, der auf eine neue Handhabung in der Verbindung von Ferngesprächen hinausläuft. Es wird, angeblich auf Anregung von Berliner Fernsprechteilnehmern, seit etwa vier Wochen der Versuch unternommen, Ortsgespräche nicht mehr zu unterbrechen, wenn das Fernamt eine angemeldete Fernverbindung im Draht hat. Im Ausland, wie in Amerika, der Schweiz, Frankreich, ist es schon seit Jahren üblich, daß Ortsgespräche nicht mehr durch Fernverbindungen unterbrochen werden.

Reutlingen, 26. April. Dem „Forsch. Anz.“ wird geschrieben: Die Späterlegung der letzten Abendzüge in den verschiedenen Richtungen wird bekanntlich von einer Reihe von Verkehrsinteressenten seit Jahr und Tag angestrebt. Im Bereich der Reichsbahndirektion Karlsruhe, also in den Richtungen nach Wildbäder und Karlsruhe, wird der kommende Jahresabplan befriedigende Lösungen bringen; auf der Enz- und Nagoldtalbahn wird, obwohl sich Birm- und Enzgau-Berkehrverband und Verkehrsverein seit Jahren darum bemühen, keine Verbesserung eintreten. Die Reichsbahndirektion Stuttgart lehnt eine Späterlegung der letzten Züge ab, mit der Begründung, daß die Stilllegung von Gilgung 47 bis zum Abgang der letzten Züge auf den Linien nach Wildbad und Nagold zu groß werden und man sich deshalb auf eine mittlere Lage festgelegt habe. In Wirklichkeit ist es so, daß eine Anzahl Gemeinden, die in den Sommermonaten von den Forstheimern Wanderern und Ausflüglern erheblichen Nutzen ziehen, sich in einer hart einseitigen Einstellung nicht damit vertraut machen können, daß die Forstheimer Geschäftswelt ebenfalls ein Interesse daran hat, die Bewohner des Enz- und Nagoldtales bei Veranstaltungen aller Art in Forstheim zu sehen. Die Wünsche der oben genannten Verkehrsvereinigungen gingen ausdrücklich dahin, ohne Schädigung der Belange weiter entfernter Orte die Züge so zu legen, daß in Forstheim der Besuch von Veranstaltungen aller Art noch möglich ist, und daß dies möglichst durch Beschleunigung der Züge geschehen soll. Man kann wirklich nicht einsehen, warum man gegenüber dem Vorkriegsfahrplan, bei dem die letzten Züge 11.00 oder 11.05 abends Forstheim verlassen, die Fahrzeiten zwischen Forstheim und Calw bzw. Wildbad um fünf oder sechs Minuten verschlechtern mußte. Vielleicht sehen die Gemeinden, die jetzt der Reichsbahn die Abrechnung allzu leicht gemacht haben, dies ein und stimmen bei nächster Gelegenheit nicht wieder gegen die Wünsche der größeren Stadt Forstheim — zu ihrem eigenen Nutzen.

Wetterbericht. Der Einfluß des nördlichen Depressionsgebietes läßt für Donnerstag und Freitag immer noch unbeständiges, mehrfach bedecktes und auch zeitweilig regnerisches Wetter erwarten.

Calmbach, 26. April. Am 1. April d. J. vollzog sich, fast unbemerkt, eine kleine Markungsänderung zwischen hier und Wildbad. Als letztere Stadt ihren Waldriedhof anlegte, kam ein Teil desselben auf Markung Calmbach zu liegen, sogar nahezu das Riegerdenkmal, so daß manche Wildbader meinten, jetzt haben die Calmbacher zwei Denkmäler und wir gar keine. Im Umtausch erhielt nun Wildbad den betreffenden Platz und Calmbach unterhalb des Kirchhofs ein gleich großes Areal mit dem Bahnhofsgebäude. Ein Erlaß des Ministeriums des Innern bestätigt die Beschlässe der beiden Gemeinderäte.

Fernsprech- und Telegraphendienst beim Postamt Wildbad. Für die Zeit vom 15. Mai bis 15. September jedes Jahres wird die tägliche Fernsprech- und Telegraphendienstzeit beim Postamt auf 7-23 Uhr festgelegt.

Das Haus ohne Lachen

Roman von Otto Neufeldt.

60
„Wir gehen doch beide nach Amerika! Was geht mich die Gesellschaft an? Sie kann mir gestohlen bleiben!“
„Du gefällst mir! So mutig! Du bist also zu allem bereit?“

„Zu allem!“ bekräftigte sie, und ihre Augen bligten unternehmungslustig.

Er lächelte einen kurzen Augenblick lang verkniffen und seltsam, aber dann war sein Gesicht wieder voller Eifer und Liebe:

„Höre ganz genau zu, Eva! Ein Mittel gibt es, deinen Vater zu zwingen, alles zu tun, was wir wollen.“

„Ja?“ fragte sie gespannt. „So sag doch!“

„Du mußt dich von mir entführen lassen!“

„Entführen?“ rief sie ein wenig zaghaft, aber dann sah sie in diesem Vorschlage und in seiner Ausführung nichts anderes als ein köstliches, tolles Abenteuer, und nun jubelte sie: „Entführen?“

„Ja“, erwiderte er hastig und gedämpft, „doch nicht so, wie du dir es scheinbar denkst. Wir wollen deinem Herrn Papa nicht unnötig Kopfschmerzen bereiten. Sieh, wenn er dich in meiner Gewalt sieht, dann hat er die Wahl zwischen einem Skandal und einem schweigenden Sichfügen. Den Skandal wird er vermeiden.“

„Ganz bestimmt!“ flüsterte sie eifrig, und ihre Wangen begannen sich zu röten.

„Run gut. Wir rücken bei Nacht und Nebel aus, logieren uns irgendwo in einem weltverlassenen hübschen Fleckchen ein, und wenn dein Papa gerade anfängt, überzogen zu sein, daß du schon auf dem Ozean schwimmst, gehe ich zu ihm und sehe ihm alles auseinander, sage ihm, daß du entschlossen bist, mit mir nach Los Angeles zu gehen, daß

Württemberg.

Reutlingen, 26. April. (Wilderer.) Da schon seit mehreren Jahren in der Umgebung von Hohenfingen und Reutlingen gewildert wurde, wandte man sich an den Oberlandjäger von Dertingen. Dieser stellte Nachforschungen an, ermittelte und überführte den Täter dadurch, daß er im Taubenschlag des Verächters eine Pistole (8 und im Dru verdeckt ein doppelläufiges, auseinandergenommenes Jagdgewehr fand. Der Täter steht seiner Bestrafung entgegen.

Stuttgart, 27. April. (Das Denkmal der ehemaligen Siebener in Stuttgart.) Schreitet seiner Vollendung entgegen. Die letzten Aufrichtungsarbeiten sind im Gange, sodas die Einweihungsfeier am Sonntag, den 8. Mai, verbunden mit einer Zusammenkunft der Kaiser Friedrich-Kassierer stattfinden kann. Die Anmeldungen laufen zu Tausenden ein, da die alten Kameraden zur Wiedersehensfeier alle kommen wollen. Meldungen sind an Kamerad Hesse in Stuttgart, Gutenbergstr. 75, zu richten. Durch ihn sind auch Eintrittskarten zur Festveranstaltung im Landesheater (Eintrittspreis für Kameraden und deren Angehörige M. 2,50) zu beziehen. Es gelangt zur Erläuterung „Brins Louis Ferdinand“ ein Stück aus den Befreiungskriegen. Es empfiehlt sich rasche Meldung und Bestellung der Festkarten und Festabzeichen.

Stuttgart, 26. April. (Freilassung der in Weingarten verhafteten Kommunisten.) Am Samstag abend wurden laut „Südd. Arbeiterzeitung“ alle in Weingarten verhafteten Kommunisten auf Anordnung des Reichsanwalts wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Sekretär der Roten Hilfe, Bruno Schreiner in Stuttgart, ist noch in Haft.

Stuttgart, 26. April. (Prof. Dr. Eugen Gradmann gestorben.) Der frühere Landeskonservator und Direktor der Altertümerverwaltung, Prof. Dr. Eugen Gradmann, ist, wie der „Schwäb. Merkur“ hört, Dienstag mittag nach längerem Leiden im Alter von nicht ganz 64 Jahren im Garmischer Krankenhaus gestorben. Im Jahre 1888 war Prof. Dr. Gradmann, damals Bezirkschulinspektor und Warrer in Dertingen, zuerst als Stellvertreter, dann als Nachfolger von Ed. Paulus, des Leiter der Staatssammlung vaterländischer Altertümer und des Landeskonservatoriums berufen worden. Aus gesundheitlichen Gründen trat Prof. Gradmann am 1. Mai 1920 in den Ruhestand. Der Verstorbenen hat sich um die Pflege und Erhaltung württ. Denkmäler große Verdienste erworben.

Reutlingen, 26. April. (Neuerhandlung des Kontursprojektes.) Der für heute nachmittag im Kontursprojektionshause Schradl anderermals Termin brachte eine überraschende Wendung. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Schütz teilte mit, daß einer der beiden Schöffen erkrankt sei und der ganze Prozeß bei anderer Besetzung des Gerichts neu verhandelt werden müsse. Als neuer Termin ist der 24. Mai in Aussicht genommen. Gleichzeitig gab der Vorsitzende Kenntnis von weiteren Vergehen der Angeklagten, denen das Gericht inzwischen auf die Spur gekommen ist — Einbehaltung von Versicherungs- und Krankenkassenbeiträgen — und ersuchte die Staatsanwaltschaft, entsprechende Zusatzanklage zu erheben.

Reutlingen, 26. April. (Schulstreik.) Einen kleinen Schulstreik inszenierten am Samstag in Reutlingen die Knaben der neuen 8. Volksschulklasse. Der Beweggrund war der vom Ortschulrat befürwortete Dispenz einiger Schüler vom Besuch der 8. Klasse, da sie bereits das 14. Lebensjahr erreicht und schon Lehrstellen hatten. Nun stellten sich aber die Knaben — es waren etwa ein Dutzend — auf den Standpunkt, daß für alle das gleiche Recht zu gelten habe. Sie machten sich zwar am Samstag früh wie üblich auf den Schulweg, blieben aber der Schule demonstrativ fern. Einige wurden dann von Reichswehrt Red ins Gebot genommen und ihnen der Standpunkt klar gemacht mit dem Erfolg, daß die Streikenden Montag wieder zur Schule gingen.

Reutlingen, 26. April. (Beitrag zur Nord-Südtrede.) Der Bezirksrat genehmigte den Betrag zum Ausbau der Nord-Südtrede mit 150.000 Mark.

Ulm, 26. April. (Abtreibung.) Der 48 Jahre alte Tagelöhner H. Zugmann von Ulm hatte sich wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in insgesamt 12 Fällen zu verantworten. Der Angeklagte ist geständig. Rät Jengen, weiß Mädchen von 20 bis 27 Jahren, waren geladen. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt. Der Staatsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete unter Zustimmung mildernder Umstände auf 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Talbot, 26. April. (Ehre, wenn Ehre gebührt.) Beim Schulanfang brachte eine Mutter ihren ersten Söhnen zur Schule. Wirklich frohen die Zeitungen von Generalen und Deeresführern mit „Ehrenschild“ und „Ehrenschild“. Wahrscheinlich eine solche Mutter ist noch eine größere Heldin. Als der Lehrer sie lächelnd fragte, ob das ihr letzter Junge sei, sagte sie: „Gott Lob und Dank.“

Cehringen, 26. April. (Epidemie unter dem Wildbestand.) In hiesiger Gegend macht sich zurzeit eine den Rehwildbestand aufs schmerzhafteste gefährdende Krankheit recht argwöhnlich, die sog. Lebergelenke. Die davon befallenen Rebe geben fast alle rettungslos zu Grunde und es sollen ihr in Waldenburger Revieren schon eine ganze Anzahl zum Opfer gefallen sein. Sachverständige sind mit der Untersuchung beauftragt.

Vorbachzimmern, 26. April. (Dem Tod

entronnen.) Auf der hiesigen Bahnstation wurde am Samstag nachmittag durch die Geistesgegenwart eines Lehrers ein schwerer Unfall verhütet. Als der 53 Uhr-Bug sich in Bewegung setzte, wollte ein Mädchen aus der Ureglinger Gegend, das falsch angezogen war, wieder einsteigen, erwischte aber das Trittbrett nicht und wurde mitgeschleift, während sie sich noch am Griff hielt. Ein Lehrer, der dies bemerkte, zog die Notbremse und errettete das Mädchen aus der Todesgefahr.

Baden.

Cutingen, 26. April. Die Verhandlungen zwischen den unteren Enztalgemeinden Riefen, Cutingen, Gutzberg, Mühlacker, Dürmenz und Detelsheim mit der Stadtverwaltung Forstheim wegen Versorgung dieser Gemeinden mit Gas aus dem Forstheimer Gaswerk sind nunmehr so weit gediehen, daß sie unmittelbar vor ihrem Abschluß stehen. Gegenwärtig wird in den genannten Gemeinden durch Verteilung von Druckschriften die Einwohnerschaft zum Anschluß aufgefordert. Auf vielseitigen Wunsch hatte die hiesige Gemeindeverwaltung die Einwohnerschaft auf letzten Samstag zu einer Versammlung in der Wirtschaft z. „Grünen Baum“ hier eingeladen, um allen Interessierten Gelegenheit zu eingehender Aussprache über diese Tagesfragen zu geben und Aufklärung zu bieten. Die Versammlung war gut besucht. Bürgermeister Schenk berichtete über die bisherigen Verhandlungen mit Forstheim, ging dann näher auf die technische Ausführung der Gas-Fernverföhrung ein und erörterte auch die finanzielle Seite des Plans. Besonders wurden die aufzubringenden Verzinsungs- und Tilgungskosten besprochen und schließlich wurde gesagt, wie hoch der Kubikmeter Gas für den Verbraucher ungefähr zu stehen kommt. Bürgermeister Schenk wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Ausführung des Planes einen großen Kulturfortschritt für die hiesige Gemeinde bedeuten würde, ferner daß auf die Dauer von mindestens einem halben Jahr reiche Arbeit für sämtliche hiesige Erwerbslose vorhanden wäre. Er forderte die Anwesenden auf, die jetzt gebotene Gelegenheit der Beratung mit Gas durch reiflichen Anschlag kräftig zu unterstützen. Darauf hielt Stadtbauamtmann Weiland vom Stadt- Gas- und Wasserwerk Forstheim einen längeren, sehr interessanten Vortrag über die vielseitige Verwendung und rationelle Ausnutzung der Kohle, über die neuesten Erzeugnisse auf dem Gebiet der Verflüssigung der Kohle und über die geplante Versorgung größerer Gebiete Deutschlands mit Ferngas direkt von den Jochen. Ferner ging er näher auf die gegenwärtig viel umstrittene Frage ein, ob das Gas durch die weiteren Fortschritte der Elektrizität verdrängt werden könnte, was er entschieden verneinte. Er gab der Heberzeugung Ausdruck, daß Gas als Wärmequelle sich neben der Elektrizität als Licht- und Kraftfaktor gut behaupten könne. Interessant waren die Ausführungen über die Bedeutung und Verwendung des Gases hauptsächlich im Hausbau. Der reiche Beifall der Zuhörer beweist, daß der Vortrag dankbare Aufnahme fand. Am der sich anschließenden Aussprache nahmen eine größere Zahl der Anwesenden teil. Allgemein wurde hervorgehoben, daß man der Gasversorgung wohlwollend gegenüberstehe, daß aber der Gaspreis von 2 Bfg. für den Kubikmeter entschieden für den Verbraucher zu hoch sei und der Anschluß vieler Interessenten von einer günstigeren Preisgestaltung abhängig gemacht werden müsse. Bei den heutigen äußerst geringen Einkommensverhältnissen der hiesigen Einwohnerschaft sollte das Gas für den Verbraucher nicht über 2 Bfg. für den Kubikmeter zu stehen kommen. Es wurde allerseits gewünscht, daß die Stadtverwaltung Forstheim in der Preisfrage den Gemeinden weitestgehendes Entgegenkommen zeigen wolle. Wenn auch in den ersten Jahren für die Stadt der Nutzen nicht so groß sei, so werde auf die Vertragsdauer von 30 Jahren die Anlage für die Stadt sicherlich nutzbringend sein. (Forsch. Anz.)

Sindenburgs Glückwunsch an einen Veteranen der Arbeit. Für 14jährige ununterbrochene Tätigkeit in der Tabak- und Zigarrenfabrik Staus & Schweighardt in Lahr erhielt der Zigarrenmacher Albert Dörner vom Reichspräsidenten ein Anerkennungsschreiben. Ingleich feierte die Sortiererin, Frau Rosa Kars, ihr 25jähriges Arbeiterjubiläum bei der gleichen Firma, die beide Jubilare mit Geldgeschenken erfreute. Wiederholt wurden im Laufe der Jahre Arbeiter und Angestellte des hiesigen Staus & Schweighardt aus dem nämlichen Anlaß ausgezeichnet.

Vermischtes.

Der Bau des Lannenbergdenkmals. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet aus Königsberg: Mit Beginn der milden Witterung setzte am dem Denkmalaplatz des Lannenberg Nationaldenkmals bei Hohenstein der Landbetrieb ein. Neben dem im Vorjahr fertiggestellten ersten Turm sind nunmehr fünf neue Türme im Bau begriffen. Wenn keine Störungen in der Materiallieferung eintreten, hofft man, bis zum Frühjahr mit dem Bau des Denkmals fertig zu sein.

Direkte Stadlerzugung aus Erz. Der „Börsecourier“

Wenn Euch des Alltags Sorgen plagen, Im Ka-Ei könnt Ihr schnellstens sie verjagen.

wir das gegen seinen Willen tun werden, wenn er nicht nachgibt. Mit einem Wort: Wir sehen ihm die Pistole auf die Brust. Er wird sich wohl anstandslos ein wenig winden und wird schimpfen, ich werde ihn schimpfen lassen und nachher seine Rechte ergreifen und mich mit ihm auslösen.“

Eva zauderte noch etwas.

„Siehst du einen anderen Weg? Es kann zu jeder Stunde das Telegramm kommen, das mich nach Amerika zurückruft.“ Er senkte die Stimme: „Richtig trägt meine Ahnung nicht, Eva, ich weiß gewiß, wenn ich allein über den Atlantik fahre, komme ich nie mehr zurück, wir sehen uns nicht mehr wieder!“

„Ich bin bereit!“ sagte sie.

Und wieder küßte er ihr die Hände.

„Wann soll es geschehen?“

Sie ordnete sich ihm widerstandslos unter:

„Wann du willst.“

„Heute?“

„Ja, heute.“

„Gut, ich warte heute nacht um eis Uhr an genau der gleichen Stelle, wo ich dich heute erwartet habe. Geht das?“

„Ja, Liebster.“

„Du sagst einfach, daß du Kopfschmerzen hast und ziehst dich zurück, recht frühzeitig —“

„O laß mich nur machen.“

„Debiloff lächelte: „Entschuldige! Ich gebe dir Ratschläge und du bist sicherlich in allen diesen Dingen geschickter und erfindungsreicher als ich!“

Sie lächelte und senkte die Augen.

Sie hielten sich bei den Händen, sahen hinaus auf den Sonnenglanz, in dem sich die Havel zur Rechten und zur Linken dehnte, und hingen ihren so verschiedenen Gedanken nach. Lächelnd blies Debiloff den Rauch seiner Zigarette in die Luft — die Entscheidung war gefallen.

XXIX.

Keine der Verböde, denen Eick immer von neuem unterworfen wurde, hatte ein anderes Ergebnis als das erste. Er blieb bei seinem Schweigen und Leugnen, trotz aller Zureden, die der Kommissar ihm meistens gütlich, manchmal aus Ungebuld auch grob machte. Eines Tages wurde Garrison Eick gegenübergestellt, und zum ersten Male geriet der sonst so stille und in sein Schicksal fast ergebene Häftling in besinnungslose Erregung. Wäre nicht der Beamte, der wie gewöhnlich während des Verbödes zugegen war, dazwischen gesprungen, so hätte Eick dem verdugten Garrison sicherlich übel mitgespielt. Doktor Fuchs ließ Eick deshalb Handfesseln anlegen, und Garrison konnte seinen Anzug wieder in Ordnung bringen. Ein Verböde aber war unmöglich. Eick lehnte es ab, in Garrisons Gegenwart auch nur ein einziges Wort zu sprechen. Keine Frage des Kommissars wurde von ihm beantwortet, und es blieb nichts anderes übrig, als Garrison unverrichteter Dinge wieder fortzuschicken.

Der Kommissar geleitete ihn bis zur Tür, da erhob sich Eick plötzlich von dem Schemel, auf dem er bisher gesessen hatte, und erhob seine gefesselten Hände gegen Garrison: „Sie werden wegen des Verbrechens, dessen ich bezichtigt bin, hier an meiner Stelle sitzen!“ rief er. „Nicht ein zweites Mal gebe ich Ihre Wege ins Zuchthaus oder jezt vielleicht sogar aufs Schaffot. Der Weg bleibt Ihnen! Denken Sie an mich!“

(Fortsetzung folgt.)



